

ZDK fordert sofortige Senkung der Stromsteuer für Unternehmen in Deutschland

Erfahren Sie in unserem Artikel, warum der ZDK eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß fordert. ZDK-Präsident Arne Joswig erklärt, wie diese Maßnahme die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen steigern kann und welche weiteren Anpassungen für eine umfassende Entlastung notwendig sind. Entdecken Sie die wichtigen Forderungen für eine nachhaltige und faire Energiepolitik!

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Fokus

In der heutigen Debatte über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands betont der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) die Dringlichkeit einer Senkung der Stromsteuer. ZDK-Präsident Arne Joswig hebt hervor, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland gefährdet ist, wenn die Stromsteuer nicht auf das europäische Mindestmaß herabgesetzt wird. Die vorgeschlagene Änderung zielt darauf ab, sowohl produzierende als auch mittelständische Unternehmen in den Bereichen Handel, Dienstleistung und Handwerk zu entlasten.

Die Bedeutung einer einheitlichen Steuerregelung

Der ZDK schlägt vor, die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß

von 0,05 Cent pro Kilowattstunde zu senken, um eine faire und wettbewerbsfähige Grundlage für Unternehmen zu schaffen. Diese Maßnahmen folgen den Empfehlungen des Bundesrats, der eine umfassende Anpassung der Abgaben und Umlagen im Energiesektor fordert. Durch die Anpassung könnte insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen eine spürbare Entlastung zuteilwerden, was die wirtschaftliche Stabilität und das Wachstum in der Region fördern würde.

Schutz für kleine Unternehmen

Ein zentrales Anliegen des ZDK ist die Abschaffung der Antragsschwelle im Stromsteuergesetz, die bislang die steuerlichen Entlastungen für Unternehmen beschränkt. Joswig kritisiert die Regelung, die nur dann eine Entlastung gewährt, wenn der Betrag über 250 Euro pro Jahr liegt. Diese Hürde benachteiligt insbesondere kleinere Firmen, die oft nicht die Ressourcen haben, um sie zu überschreiten. Eine gesetzliche Verankerung der steuerlichen Anpassungen ohne zeitliche Befristung soll den Unternehmen zudem langfristige Planungssicherheit bieten.

Nachhaltigkeit im Energiesektor fördern

Ein weiterer Kritikpunkt des ZDK betrifft die geplante Streichung von Strom aus Deponiegas, Klärgas und Biomasse aus der Definition von Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Joswig unterstützt den Bundesrat in seiner Ablehnung dieser Maßnahme und unterstreicht die Notwendigkeit, alle Technologien zu fördern, die zur Nachhaltigkeit und Reduktion von Treibhausgasen beitragen. Dies sollte auch für alternative Kraftstoffe im Verkehrssektor gelten.

Aufruf zur schnellen Umsetzung von Reformen

In Anbetracht der anstehenden Änderungen im Energie- und

Steuerrecht appelliert der ZDK an die Bundesregierung, die notwendigen Anpassungen schnellstmöglich vorzunehmen. Diese Reformen sind nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Endverbraucher von Bedeutung, da die entstehenden Entlastungen letztendlich auch beim Verbraucher ankommen müssen. Eine klare und flexible Steuerpolitik könnte somit dazu beitragen, den Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de